

## **Positionspapier zu Palästina/Israel, Hasbara und Unterwanderung der Linken,**

**AKL 16.9.2018**

**These 1: Die Dimension der Antisemitismus-Debatte, die seit einiger Zeit in Deutschland und anderen EU-Staaten tobt, geht weit über den sog. Nahost-Konflikt hinaus. Es geht um Durchsetzung einer Sicherheitsdiktatur begleitet von präventiv-autoritärer Repression.**

Menschenrechtsaktivisten und Völkerrechtler, Friedensforscher, Kulturschaffende sowie Theologen und Religionswissenschaftler, die die israelische Regierungspolitik und die Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts anprangern, werden mit Rufmordkampagnen, Auftritts- und Redeverböten sanktioniert.

Seit etlichen Jahren werden Veranstaltungen, die sich kritisch mit der israelischen Regierungspolitik auseinandersetzen, von Antideutschen und Organisationen wie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gestört und behindert. Etliche Veranstaltungen konnten nur auf dem juristischen Klageweg durchgesetzt, viele mussten abgesagt werden. Das gängige Argument dabei ist der Antisemitismusvorwurf, der nach wie vor eine große Sprengkraft hat. Oft genügt ein Anruf bei Bürgermeistern oder Chefredakteuren und/oder denunziatorische Briefe, um eine Antisemitismuskampagne los zutreten. Dass es dabei sehr oft Juden und Jüdinnen trifft, die die israelische Besatzungspolitik und die Menschenrechtsverletzungen kritisieren, wird mit dem Begriff „selbst-hassende Juden“ abgetan.<sup>1</sup> Der **Antisemitismusvorwurf wird damit zu einem gefährlichen Herrschaftsinstrument**, wie Moshe Zuckermann es bezeichnet, und von den herrschenden Eliten bewusst benutzt, um linke Diskurse zu eliminieren. Er ist das geeignetste Instrument, um Disziplinierungsmaßnahmen, Gesetzesverschärfungen und dgl. mehr durchzusetzen. (siehe Polizeigesetze)

Mit dem **„Sicherheitskonzept“** erhalten die neoliberalen, marktradikalen westlichen Industriestaaten mit den bekannten sozialen und ökologischen Verwerfungen ein zusätzliches Instrument: **die präventiv-autoritäre Repression.**

„Nationale Sicherheit“ ist auch ein Synonym für das vielbeschworene Existenzrecht Israels und rechtfertigt einen permanenten Ausnahmezustand, dem die Bevölkerung unterworfen ist. „Trennmauer, Kontrollposten, Militarisierung der Polizei, bewaffnete Patrouillen in den Straßen, Gesichtsprofil und Gesichtskontrollen, Überwachung und Einteilung der Bevölkerung gemäß ihrer vermuteten Gefährlichkeit, unverhältnismäßige Vollmachten der Geheimdienste, exzessive Expertenpräsenz in den Medien und Verehrung des Gottes Sicherheit sind integrale Bestandteile dieser Demokratie im Ausnahmezustand.“<sup>2</sup>

Diese Beschreibung passt auf das Programm "Sicherheit durch Stärke", mit dem die CSU in Bayern den Ausbau der Polizei vorantreibt und das in der Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes seinen Höhepunkt fand. Der

<sup>1</sup> „Meinungsfreiheit bedroht? Die Gefährdung der Meinungsfreiheit in Deutschland durch die Kampagnen der sogenannten `Freunde Israels`“, Annette Groth/Günter Rath (Hrsg.), Mai 2017

<sup>2</sup> Eyal Sivan/Armelle Laborie: „Legitimer Protest – Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels“, ProMedia 2018, S. 143

demokratische Rechtsstaat wird analog zu dem israelischen Modell der „Sicherheitsdemokratie“ bzw. „Sicherheitsdiktatur“ außer Kraft gesetzt.

Mit dem Konstrukt der **drohenden Gefahr** wurde eine rechtliche Kategorie geschaffen, die es der Polizei ermöglicht, künftig auch ohne konkrete Verdachtsmomente sog. „Gefährder“ präventiv zu verhaften. Dieses „legale Instrument“ erinnert an die in Israel weitverbreitete Maßnahme, potentielle jugendliche palästinensische Steinwerfer oder andere Verdächtige in israelische Militärgefängnisse zu stecken, auch wenn sie nachweislich nichts „verbrochen“ haben.

Mit den antidemokratischen, autoritär-repressiven Polizeigesetzen hat die politische Elite in Deutschland das israelische Modell der „Sicherheitsdiktatur“ weitgehend kopiert.

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, gibt es seit vielen Jahren eine intensive Kooperation zwischen israelischer und deutscher Polizei sowie zwischen Bundeswehr und den israelischen Streitkräften. Bundeswehrsoldaten werden zum Training in Tunnel- und Häuserkampf nach Israel geschickt; die GSG 9 erhält Ausbildungen in Antiterrormaßnahmen und auch die militärische Zusammenarbeit ist auf verschiedenen Ebenen äußerst „produktiv“.

### **These 2: Israels ökonomische und militärische Bedeutung hat Priorität vor Internationalem Recht und Menschenrechten - EU ist Komplize**

Der Autor David Rosenberg fragte in einem bemerkenswerten Artikel in Haaretz „Warum ignoriert die Welt Israels böses Verhalten“?<sup>3</sup> und beantwortete sie wie folgt: „Menschenrechte geraten zunehmend ins Hintertreffen, aber die Welt ignoriert die palästinensische Notlage, weil sie Israels Technologie will“. Rosenberg erwähnt, dass in der ersten Woche des Great Return March der chinesische Milliardär und Partner von Mark Zuckerberg, Jack Ma, Israel besuchte und Geschäftskooperationen und Investitionen von mehreren Milliarden US-Dollar tätigte. Die EU hat Israel und Zypern angeboten, seine Stromnetze an die europäischen Netze anzuschließen. Damit erhält Israel die Garantie für eine stetige, nicht-versiegende Stromquelle, was eine klare politische Konzession zugunsten Israels ist.

Als eines der ökonomischen Schwergewichte für High-Tech Start-Up Unternehmen mit ausländischen Direktinvestitionen von 18,6 Milliarden US-Dollar spielt Israel eine bedeutende Rolle für das internationale Kapital. Rosenberg schlussfolgert, dass die Welt sich abkehrt vom Internationalen Recht und Menschenrechten und sich hinwendet zu mehr Nationalismus, Abschottung und Fremdenfeindlichkeit, eine Tendenz, die mit der Wahl von Donald Trump seinen bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Rosenbergs Prognose: „Dem Weg der USA werden andere unvermeidlich folgen“. D.h. stetig wachsende Kosten für die Militarisierung nach außen und nach innen, eine immer größer werdende Kluft zwischen arm und reich, zunehmende Aushöhlung der Demokratie und die Durchsetzung von autoritären und repressiven politischen Systemen.

Wichtiger als die ökonomische Bedeutung ist Israel aber als militärisches Versuchslaboratorium. In jedem Gaza-Krieg testet das israelische Militär neue Waffen und vermarktet diese dann als „Gefechts-erprobt“. D.h. israelische

---

<sup>3</sup> <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-why-the-world-ignores-israel-s-bad-behavior-1.6053369>

Rüstungsunternehmen werben damit, dass ihre Produkte an Palästinensern „operativ und positiv“ getestet wurden, um ihre Auftragsbücher zu füllen.<sup>4</sup>

Dass diese Vermarktungsstrategie höchst erfolgreich ist, zeigen die israelischen Militär-Verkäufe auf dem europäischen Markt, die sich auf mehr als 1,63 Milliarden Dollar verdoppelt haben.

Geostrategisch ist Israel ebenfalls äußerst wichtig. So liefert Deutschland *Dolphin*-U-Boote nach Israel, die mit Nuklearraketen bestückt werden können. „Die U-Boot-Flotte operiert tief im [Territorium des] Todfeind[es], und zwar effizient und unentdeckt“, so der Kommandeur des Marinestützpunktes Haifa.<sup>5</sup> D.h. die deutschen U-Boote könnten in einem Krieg gegen den Iran, zu dem Israel die USA schon lange drängt, eine bedeutende Rolle spielen.

### **These 3 Im Kampf gegen den Terrorismus ist Israel unverzichtbar, Beispiel EUROPOL**

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die EU-Polizeiagentur EUROPOL im Juli 2018 mit Israel ein strategisches Abkommen beschlossen, das aber den Austausch personenbezogener Daten nicht erlaubt. Diesen Austausch soll ein baldiges operatives Abkommen ermöglichen. Erstmals enthält das EUROPOL-Abkommen keine Territorialklausel, die sonst in allen EU-Abkommen enthalten ist. Die Klausel besagt, dass ein EU-Abkommen nicht in den Gebieten gilt, die Israel 1967 im Sechstagekrieg erobert hat, also das Westjordanland, Gaza, die Golanhöhen und Ostjerusalem. Bemerkenswert ist, dass dieses Abkommen kurz vor der Verabschiedung des „Nationalitätengesetzes“ unterzeichnet wurde, das bereits im Vorfeld heftig kritisiert wurde.

### **These 4 Hasbara und BDS als „erstrangige strategische Bedrohung“ wird in der Auseinandersetzung um Antisemitismus unterschätzt**

Für die israelische Regierung stellt **BDS eine „erstrangige strategische Bedrohung“** dar, die es im Inland wie im Ausland mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Der Vorsitzende der zentristischen Partei Yesh Atid erklärte im Juni 2015 vor der UNO: **„Wir müssen von der Verteidigung zum Angriff übergehen und der Welt erklären, dass die Leute hinter dem Boykott dieselben sind, die ganze Bevölkerungen unterdrücken und im Niger und Syrien Kinder töten.“**<sup>6</sup>

Nachdem die BDS-Kampagne 2005 von palästinensischen Kirchen und Menschenrechtsgruppen initiiert wurde, richtete die israelische Regierung 2007 ein *Hasbara*-Forum ein, das der Welt die „positiven Seiten“ der Politik Israels erklären soll. **„Der Generalstab der *Hasbara*-Strategie untersteht direkt dem israelischen Regierungschef. Er koordiniert die verschiedenen Apparate des nationalen *Hasbara*-Forums, das VertreterInnen der Sicherheits- und Geheimdienste, des Außenministeriums, des**

<sup>4</sup> Miko Peled, 2.5.2018: <https://www.mintpressnews.com/gaza-a-cruel-testing-ground-for-israels-weapons-marketing-campaign/241401/>

<sup>5</sup> Jeff Halper: „Hier wird mehr exportiert als nur Waffen“ in „Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung, Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt“, A. Groth/Norman Paech/Richard Falk (Hrsg), PapyRossa 2017, S. 74

<sup>6</sup> Eyal Sivan/Armelle Laborie: „Legitimer Protest – Plädoyer für einen kulturellen und akademischen Boykott Israels“, ProMedia 2018, S.20

## **Ministeriums für Diasporaangelegenheiten sowie des Ministeriums für strategische Angelegenheiten und *Hasbara* umfaßt.“<sup>7</sup>**

Hasbara bedeutet auf hebräisch Erklärung und steht für an das Ausland gerichtete israelische Propaganda: „Hasbara ist das, was wir - die Guten - machen, um zu erklären, inwieweit wir tatsächlich gut sind und inwieweit die Bösen tatsächlich böse sind.“<sup>8</sup>

Um BDS effektiver zu bekämpfen, erhielt der Minister für Innere Sicherheit, Gilad Erdan, den zusätzlichen Posten eines Ministers für Strategische Angelegenheiten und öffentliche Diplomatie. Für diesen „Kampf“ stellt das Ministerium für Strategische Angelegenheiten Millionen von Dollar bereit (30 Millionen Euro 2016) und finanziert Stiftungen, Think Tanks, Reisen für Journalisten, Studierende und „Meinungsmacher“ nach Israel sowie ein Netzwerk von Juristen, das juristische Schritte gegen BDS-Aktivisten prüfen soll.

Mit welchen Mitteln und Strategien die *Hasbara* vorgeht, beschreiben die israelischen Filmemacher Eyal Sivan und Armelle Laborie in ihrem exzellenten Buch „Legitimer Protest“. Darin geht es beispielsweise um die **Durchsetzung neuer Formen der Meinungsfreiheit,<sup>9</sup> die Einschränkung akademischer Freiheit durch Denunziation von Professoren und akademischem Lehrpersonal,<sup>10</sup> und letztendlich um die „Anpassung“ des Völkerrechts, einschließlich des Kriegsrechts und der Menschenrechte (!):** „Seit Anfang des 21. Jahrhunderts nehmen die politischen EntscheidungsträgerInnen Israels, unterstützt von StrategInnen, JuristInnen und Forschenden, an einer globalen Offensive teil, um das Völkerrecht – insbesondere das Kriegsrecht und die Menschenrechte – den heutigen Realitäten der vom Terrorismus bedrohten liberalen Demokratien anzupassen.“<sup>11</sup>

Als Beispiel von *Hasbara* sei hier die **Verunglimpfung der EU als Terrorfinanzierende Organisation erwähnt.**

Im Mai 2018 hat das Ministerium für Strategische Angelegenheiten einen Bericht mit dem Titel "Die Millionen, die von EU-Institutionen an NGOs mit Verbindungen zu Terror und Boykott gegen Israel vergeben wurden" herausgegeben. Der zuständige Minister Erdan schrieb in einem Begleitbrief an die EU-Außenministerin Federica Mogherini: "Eine vom Ministerium durchgeführte gründliche Rechercharbeit hat aufgedeckt, dass die EU 2016 vierzehn europäische und palästinensische NGOs, die offen und eindeutig BDS fördern, finanziell unterstützt hat." Er beschuldigte die EU, dass "einige der BDS unterstützenden NGOs, die von der EU direkt oder indirekt finanzielle Unterstützungen erhalten, mit terroristischen Organisationen verbunden sind, die von der EU als terroristisch bezeichnet werden."<sup>12</sup>

Die EU-Außenministerin Federica Morgherini wies die Behauptungen als 'haltlos und inakzeptabel' zurück und erklärte, dass die EU keine Gelder für Aktionen gibt, „die mit Boykott-Aktivitäten in Beziehung stehen. Jedoch bedeutet die Tatsache,

<sup>7</sup> ebenda, S.28

<sup>8</sup> ebenda, S.27

<sup>9</sup> ebenda, S.43

<sup>10</sup> ebenda, S. 77 ff

<sup>11</sup> ebenda, S.141

<sup>12</sup> Haaretz\_17.07.2018, Noa Landau <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-eu-s-mogherini-to-israeli-minister-you-feed-disinformation-1.6280308>

dass eine Organisation oder Einzelperson mit der BDS-Bewegung in Verbindung steht, nicht, dass sie mit Anstiftung zu rechtswidrigen Handlungen zu tun hat noch dass sie sich dadurch für die Vergabe von EU-Geldern als ungeeignet erweist. **Die EU steht fest zum Schutz der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Meinungsfreiheit ist auch bei Informationen und Ideen anzuwenden, 'die den Staat oder irgendeinen Sektor der Bevölkerung verärgern, schockieren oder beunruhigen'.**"<sup>13</sup>

Morgherini bekräftigt zwar das Recht auf Meinungsfreiheit, aber ein deutliches Signal der Missbilligung wäre die Ankündigung gewesen, sich für ein Aussetzen des EU-Israel Assoziierungsabkommens einzusetzen, das in Artikel 2 alle Vertragspartner zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet.

### **These 5 Unterwanderung der Linken durch Antideutsche und ähnliche Gruppen muss in den Fokus gerückt werden**

Solange die „Antisemitismuskeule“ bei jeglicher Kritik an der israelischen Regierungspolitik geschwungen wird, wird ein Großteil der Linken zu der antidemokratischen, menschenrechtsverletzenden israelischen Regierungspolitik weitgehend schweigen. Damit wird nicht nur das Duckmäsertum befördert, sondern eine gefährliche Tendenz zum präventiv-autoritären Sicherheitsstaat toleriert und gefördert, wenn auch nicht bewusst. Dies ist ein schwerwiegender politischer Fehler, weil insbesondere die Unterwanderung von linken Bewegungen sowie der Partei Die Linke durch Antideutsche oder ähnliche Gruppierungen nicht entsprechend diskutiert wird.

Die Folge ist, dass viele Landesverbände und KVs das Thema Nahost überhaupt nicht diskutieren, weil es so ein „heißes Eisen“ ist und Spaltungen innerhalb der Linken befürchtet werden. So sitzt man das Thema aus und beschuldigt Antragsteller entsprechender Anträge des Antisemitismus; damit hat sich häufig eine weitere Diskussion erledigt.

Die Journalistin Susan Bonath hat die Unterwanderung in einer bemerkenswerten Analyse „Rassismus für Intellektuelle“ aufgezeigt.<sup>14</sup> Anlässlich einer Veranstaltung „70 Jahre Israel“ im Juni 2018 im ehemaligen linken Leipziger Zentrum „Conne Island“ bezeichnete Thomas Maul, Redakteur der Antideutschen Propaganda-Zeitschrift Bahamas, die AFD als „erste antisemitismus-kritische Partei im Bundestag“ und lobte deren Vorsitzenden Alexander Gauland, weil er „eine tolle israel-freundliche Rede“ gehalten habe. Damit nicht genug. Maul stellte sich auch hinter die AFD Politikerin Beatrix von Storch, die Viktor Orbans repressive Flüchtlingspolitik positiv bewertete. Damit mache die AfD eine "antifaschistische Volksfront überflüssig", denn der wahre Antifaschismus heiße Antiislamismus.<sup>15</sup>

Der krude Vortrag gipfelt in der Preisung der israelischen Atombombe: „Angesicht der internationalen antisemitischen Israelfeindschaft von braun, rot oder öko- wie islam-grüner Seite und des Appeasements von Feiglingen oder Gutmenschen ist es zu begrüßen, dass Israel im Besitz von Atombomben ist. Denn damit ist

<sup>13</sup> ebenda

<sup>14</sup> Susan Bonath: <https://deutsch.rt.com/meinung/71173-antideutsche-rassismus-fuer-intellektuelle/>

<sup>15</sup> Thomas Maul 28.5.2018 <https://www.conne-island.de/nf/250/11.html>

zumindest theoretisch ausgeschlossen, dass die Welt einem zweiten Holocaust zusehen könnte, ohne dabei und davon selbst in Mitleidenschaft gezogen zu werden.“<sup>16</sup>

Dieses Gedankengut ist alles andere als harmlos und seine Bagatellisierung als von einer kleinen Gruppe Spinnerter abzutun, ist angesichts der zunehmenden Zahl von rechtsextremen Gruppierungen und Bewegungen gefährlich.

Welche Dimension die Bekämpfung linker Positionen inzwischen erreicht hat, war im Juli 2018 in Großbritannien zu beobachten, als drei führende jüdische Zeitungen mit demselben Titelblatt erschienen. Unter dem Titel „United we stand“ bezeichneten die Herausgeber Jeremy Corbyn als „existentielle Bedrohung für das jüdische Leben in Großbritannien“ und warnten vor ihm als möglichen nächsten Ministerpräsidenten.<sup>17</sup>

Der Gipfel eines journalistischen denunziatorischen Vergleichs leistete sich der Co-Leiter des taz-Auslandsressorts Dominic Johnson. Weil Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der Linken, die Aufnahme der Weißhelme in Deutschland kritisierte und stattdessen Asyl für Julian Assange forderte, konstruierte Johnson den Zusammenhang zwischen der „Leugnung der Massenverbrechen des (Assad, die Verf.) Regimes und der grotesken Methodik der Holocaustleugnung“: „Was manche Assad-Claqueure von sich geben, von der Gleichsetzung aller Demokraten mit dem IS bis hin zur Leugnung der Massenverbrechen des Regimes, gleicht in der grotesken Methodik der Holocaustleugnung. Gegen die Aufnahme der Weißhelme zu hetzen ist nicht besser als die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen insgesamt als Eroberung durch den Islam zu denunzieren. Eine große Koalition der Flüchtlingsverteufelung, die von Linken zur AfD reicht, darf nicht hingenommen werden.“<sup>18</sup>

Die Gleichsetzung von Linken mit der AfD ist höchst brisant, relativiert sie doch die Gefahr, die von der rechtsextremen AfD ausgeht. Der konstruierte Zusammenhang zwischen der „Leugnung der Massenverbrechen“ und der „Holocaustleugnung“ ist skandalös, wurde aber sicher sehr bewusst gewählt.

Die Konsequenzen der Antisemitismusdebatte, die aufkommende „Sicherheitsdiktatur“ und die Unterwanderung von linken Organisationen durch Rechte und die Vermarktung von „Rechtem als linkem Gedankengut“ sind für die AKL m. E. mit die größten Herausforderungen, die dringend debattiert werden sollten.

Annette Groth

---

<sup>16</sup> ebenda

<sup>17</sup> <https://jewishnews.timesofisrael.com/voice-of-the-jewish-news-united-we-stand/>

<sup>18</sup> „Asyl für syrischen Zivilschutz Verteufelung von links und rechts“, TAZ, Dominic Johnson, 24.7. 2018, [www.taz.de](http://www.taz.de)